

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 13

Slowakei, Rumänien und Bulgarien

Bearbeitet von Mariana Hausleitner, Souzana Hazan
und Barbara Hutzelmann
Bandkoordination: Ingo Loose

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Dokumentenverzeichnis

Slowakei

- 1 Ein Informant des SD diffamiert am 3. November 1938 slowakische Juden und berichtet von antijüdischen Ausschreitungen in Bratislava
- 2 Ministerpräsident Jozef Tiso erlässt am 4. November 1938 den Befehl, mittellose Juden in die an Ungarn abzutretenden Gebiete zu deportieren
- 3 Das Kreisamt von Banská Štiavnica meldet dem Landesamt in Bratislava am 8. November 1938, dass die mittellosen Juden deportiert wurden
- 4 Ibolya Hoffmann hält am 9. November 1938 die politischen Ereignisse der vorangegangenen Wochen und die Ausweisung von Juden aus der Slowakei fest
- 5 Die Zentrale Jüdische Amtsstelle gibt dem Landesamt am 28. November 1938 ihre Gründung bekannt und ruft alle Juden zur Einheit auf
- 6 Ein Bericht aus Košice vom 28. November 1938 schildert das Schicksal der aus der Slowakei deportierten Juden
- 7 Die orthodoxe jüdische Gemeinde in der Slowakei bittet Ministerpräsident Tiso am 29. November 1938, die deportierten Juden wieder zurückkehren zu lassen
- 8 Die Regierung des slowakischen Landes bildet am 23. Januar 1939 eine Kommission zur Vorbereitung antisemitischer Maßnahmen
- 9 Vertreter der jüdischen Gemeinden in Trnava bitten Ministerpräsident Tiso am 24. Januar 1939 um Hilfe, da die Juden der Stadt permanenten Übergriffen ausgesetzt sind
- 10 Oskar Freimann schildert am 28. Februar 1939 der Familie Grünberger in den USA die Bemühungen der Familie, aus der Slowakei zu flüchten
- 11 In einer Regierungsverordnung vom 18. April 1939 werden der Begriff Jude und die Einführung eines Numerus Clausus in einigen freien Berufen bestimmt
- 12 Béla Weichherz beschreibt Ende August 1939 die Auswirkungen der antisemitischen Maßnahmen auf seine Familie
- 13 Die Hlinka-Garde und die Deutsche Partei bitten Ministerpräsident Tiso am 25. September 1939 um Unterstützung für einen „Aktionsausschuß zur Lösung der Judenfrage“
- 14 Jewish Telegraphic Agency: Artikel vom 17. Oktober 1939 über die Registrierung der slowakischen Juden im Alter von 18 bis 50 Jahren zur Zwangsarbeit
- 15 Der Bezirkshauptmann von Tyrnau verbietet der Hlinka-Garde am 15. Februar 1940 das eigenmächtige Vorgehen gegen Juden
- 16 Die jüdische Kultusgemeinde Nové Mesto und das Kuratorium der Volksküche Ohel David rufen im Frühjahr 1940 zu Spenden auf
- 17 Der Gesandte Hans Bernard äußert sich am 15. März 1940 unzufrieden über die mangelnde Berücksichtigung deutscher Interessen bei der Enteignung der slowakischen Juden

- 18 Béla Weichherz beschreibt seine verzweifelte Situation und Arbeitssuche im Sommer 1940
- 19 Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz: Meldung vom 12. Juli 1940 über die Enteignung jüdischer Unternehmen und die Zwangsverpflichtung von Juden und Roma zum Arbeitsdienst
- 20 Ladislav Székely erstattet am 1. August 1940 Anzeige gegen unbekannte Täter, die tags zuvor die Schaufenster seines Geschäfts eingeworfen haben
- 21 New York Times: Artikel vom 16. September 1940 über eine Anzahl einschneidender antijüdischer Verordnungen in der Slowakei
- 22 Die slowakische Regierung gibt am 16. September 1940 die Gründung des Zentralwirtschaftsamts für die forcierte Enteignung und Entrechtung der Juden bekannt
- 23 Die slowakische Regierung verfügt am 26. September 1940 die Schaffung der Judenzentrale als Zwangsorganisation der Juden
- 24 Die Judenzentrale bemüht sich am 31. Oktober 1940 um die Fortsetzung der Auswanderung slowakischer Juden nach Palästina
- 25 Ladislav Bakala ersucht am 13. November 1940 das Zentralwirtschaftsamt, ihm mehrere Häuser jüdischer Eigentümer zur Verwaltung zu übergeben
- 26 Die slowakische Regierung regelt am 30. November 1940 die Liquidation oder Enteignung von Unternehmen jüdischer Eigentümer
- 27 Das deutsche Staatssekretariat beschwert sich am 11. Dezember 1940 über die ungenügende Berücksichtigung Deutscher bei der Enteignung der Juden
- 28 Die Schülerin Helli schreibt am 12. Januar 1941 ihrer Urgroßmutter in Palästina, dass die Familie in Bratislava ihre Wohnung verlassen musste
- 29 Anna Wallaschek aus Bratislava bemüht sich am 5. Februar 1941 um die Übernahme der Parfümerie von Eduard Friedmann
- 30 Ibolya Hoffmann sorgt sich am 10. Februar 1941 um ihren Verlobten, der nach gescheiterter Flucht nach Palästina auf Mauritius interniert wurde
- 31 Der Judenberater Dieter Wisliceny berichtet am 1. März 1941 an das Reichssicherheitshauptamt über die Enteignungen der Juden und Pläne für eine neue antijüdische Gesetzgebung
- 32 Adolf Eichmann teilt dem Auswärtigen Amt am 9. Mai 1941 mit, dass die Ausreise von Juden aus der Slowakei zu verhindern sei
- 33 Maxi Widder aus Prešov beschwert sich am 23. Mai 1941 darüber, dass die jüdischen Mitarbeiter ein gelbes Band tragen müssen
- 34 Der deutsche Gesandte Hanns Ludin informiert am 2. Juli 1941 das Auswärtige Amt in Berlin über den geplanten Besuch deutscher Arbeitslager für Juden in Oberschlesien
- 35 Belá Weichherz beschreibt seine ersten Erfahrungen beim Arbeitsdienst im Juli 1941
- 36 Die Judenzentrale meldet am 17. Juli 1941 dem Zentralwirtschaftsamt die Errichtung von ersten Arbeitszentren für Juden

- 37 Gardista: Artikel vom 29. August 1941 über eine Reise von Minister Mach zur Auswahl der Orte für Arbeitslager für Juden bei Sered und Nováky
- 38 Am 9. September 1941 wird die rechtliche Stellung der Juden im Judenkodex auf rassistischer Grundlage geregelt
- 39 Pester Lloyd: Artikel vom 4. Oktober 1941, dass die Juden aus Bratislava bis zum Jahresende die Stadt verlassen müssen
- 40 Der slowakische Episkopat übergibt Staatspräsident Tiso und Ministerpräsident Tuka am 7. Oktober 1941 ein Memorandum zugunsten getaufter slowakischer Juden
- 41 Familie Strelinger aus Banská Bystrica schreibt am 3. November 1941, dass sie wöchentlich nur noch 150 Kronen von ihrem Konto abheben darf
- 42 Kardinal Luigi Maglione teilt dem slowakischen Gesandten im Vatikan am 12. November 1941 die Bedenken des Vatikans gegen den Judenkodex mit
- 43 Die Judenzentrale informiert das Zentralwirtschaftsamt am 19. November 1941 über die Anzahl der bisher liquidierten Firmen jüdischer Eigentümer
- 44 Familie Freimann schreibt am 20. November 1941 an Familie Grünberger in New York, dass sie eine Auswanderung nicht mehr bezahlen kann
- 45 Der Gesandte Ludin gibt am 4. Dezember 1941 dem Auswärtigen Amt bekannt, dass die slowakische Regierung mit der Deportation der im Reich lebenden slowakischen Juden einverstanden ist
- 46 Ein unbekannter Mitarbeiter der Umschulungsabteilung der Judenzentrale schildert am 8. Dezember 1941 seine Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
- 47 Karol Hochberg von der Judenzentrale berichtet am 12. Januar 1942 über seine erfolgreichen Bemühungen, 6206 Juden aus Bratislava auszusiedeln
- 48 Das Auswärtige Amt fordert am 16. Februar 1942 die Deutsche Gesandtschaft in Pressburg auf, die slowakische Regierung um ihr Einverständnis zur Deportation von 20 000 Juden zu bitten
- 49 Slowakische Rabbiner verfassen am 6. März 1942 ein Memorandum für Staatschef Jozef Tiso, in dem sie um Erbarmen für die slowakischen Juden bitten
- 50 Der Apostolische Nuntius Guiseppe Burzio unterrichtet am 9. März 1942 Kardinal Luigi Maglione, dass 80 000 Juden aus der Slowakei deportiert werden sollen
- 51 Das slowakische Innenministerium gibt am 13. März 1942 dem Verkehrsministerium einen ersten Plan zur Deportation der Juden bekannt
- 52 Rozália Bergidová aus Snina ersucht das Innenministerium am 25. März 1942, ihre Tochter Františka Bergidová nicht zu deportieren
- 53 Ein Abteilungsleiter im slowakischen Innenministerium notiert am 26. März 1942, dass nach dem 4. April 1942 auch jüdische Familien deportiert werden können
- 54 Julius Timföld bittet am 29. März 1942 seinen ehemaligen Schulkameraden, den jetzigen Minister Izidor Koso, seinen Sohn freizulassen
- 55 Die Ärztekammer der Slowakei kann am 31. März 1942 vorübergehend keine geraubten medizinischen Geräte von Juden mehr annehmen, da ihre Lagerräume überfüllt sind

-
- 56 Der Gesandte Ludin teilt dem Auswärtigen Amt am 6. April 1942 mit, dass sich die slowakische Regierung zur Deportation aller Juden bereit erklärt habe
 - 57 Der Bevollmächtigte Himmlers sichert Ministerpräsident Tuka am 10. April 1942 zu, dass die deportierten slowakischen Juden human behandelt werden
 - 58 Robert Ollárek aus Čadca verlangt am 19. April 1942 vom Innenministerium die Deportation von Eduard Ehrenthál und seiner Frau bis Monatsende
 - 59 Der Gesandte Ludin übermittelt dem Auswärtigen Amt am 24. April 1942 den in der Slowakei veröffentlichten Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zu den Deportationen der Juden
 - 60 Das slowakische Innenministerium legt am 25. April 1942 detaillierte Pläne für die im Mai beginnenden Deportationen aus der Ostslowakei vor
 - 61 Der Uhrengroßhändler Tuchmann in Stropkov meldet am 27. April 1942 seinem Schweizer Geschäftspartner die Deportation seines Sohnes und bittet um Hilfe bei dessen Freilassung
 - 62 Das Auswärtige Amt ersucht den Gesandten Ludin am 2. Mai 1942, der slowakischen Regierung mitzuteilen, dass die deportierten Juden nicht in die Slowakei zurückkehren werden
 - 63 Ein anonymer Verfasser schildert Präsident Tiso am 11. Mai 1942 die grausamen Verhältnisse in den slowakischen Deportationszentren
 - 64 Richard Lichtheim, zionistischer Funktionär in Genf, übermittelt am 13. Mai 1942 Leo Lauterbach in Jerusalem Informationen über das Schicksal der slowakischen Juden
 - 65 Jewish Telegraphic Agency: Artikel vom 19. Mai 1942 über das Verfassungsgesetz zu den Deportationen
 - 66 Béla Weichherz schildert im Frühjahr 1942 in seinem letzten Tagebucheintrag die Abgabe von Pelz- und Wollkleidung, die Deportationen und die Angst seiner Familie
 - 67 Samuel Berger aus Žilina berichtet am 2. Juni 1942 Familie Elbert, deren Söhne und Schwiegertochter am Bahnhof vor ihrer Deportation gesehen zu haben
 - 68 Die Arbeiter eines Holzbetriebs in Podolíneć ersuchen am 5. Juni 1942 um die vorläufige Freilassung von Šimon Herškovits aus dem Transitlager Poprad
 - 69 Imrich Geyduschek wendet sich am 6. Juni 1942 an Präsident Tiso, um die Freilassung seiner deportierten Mutter Eugenia Geyduscheková zu erwirken
 - 70 Der Schweizer Generalkonsul kündigt am 19. Juni 1942 an, die Deportationen der slowakischen Juden bei den Wirtschaftsverhandlungen anzusprechen
 - 71 Edith Strelinger aus Banská Bystrica schildert in einem Brief vom 20. Juni 1942 die Deportation vieler Angehöriger und Bekannter
 - 72 SS-Hauptsturmführer Wisliceny fasst am 30. Juni 1942 den bisherigen Verlauf der Deportationen zusammen
 - 73 Der Generalbischof der Evangelischen Kirche des Augsburgischen Bekenntnisses in der Slowakei bittet am 14. Juli 1942, deportierten „Nichtariern“ ein christliches Leben zu ermöglichen

-
- 74 Grenzbote: Rede von Präsident Tiso vom 16. August 1942 in Holič, in der er die Deportationen der Juden rechtfertigt
- 75 Ibolya Hoffmann beschreibt am 19. August 1942 ihre Verzweiflung angesichts der Deportation ihrer Eltern
- 76 SS-Untersturmführer Urbantke vom SD zitiert am 21. August 1942 den Hirtenbrief der slowakischen evangelischen Bischöfe, der Voraussetzungen zur Taufe von Juden nennt
- 77 Štefan Schwarz schickt am 13. Oktober 1942 seiner Schwester Vera einen Brief in das KZ Auschwitz-Birkenau
- 78 Das Genfer Büro des Central Zionist Office trägt am 20. Oktober 1942 Informationen über die getöteten und verhungerten slowakischen Juden im Getto Piaski zusammen
- 79 Ein Unbekannter beschreibt im Herbst 1942 die Lebensumstände der Juden in der Slowakei und deren Angst vor den Deportationen
- 80 Vertreter der Slowakischen Eisenbahn und der Reichsbahn besprechen am 10. November 1942 in Bratislava den Fahrplan für weitere Deportationen
- 81 Zwei Rabbiner aus der Slowakei bitten am 4. Dezember 1942 um Geld, um weitere Deportationen durch Bestechung zu verhindern und Gefangene in den Lagern zu unterstützen
- 82 Dem SD-Leitabschnitt Wien wird am 11. Dezember 1942 gemeldet, dass der Priester Simkovič verhaftet wurde, weil er Juden Taufscheine mit gefälschtem Datum ausgestellt hat
- 83 Hermann Herskovič schildert am 13. Dezember 1942 während seiner Vernehmung, wie er sich während der Deportationen verstecken und in die Schweiz flüchten konnte
- 84 Fritz Weiner bittet seine Mutter Ende 1942, ihm keine Päckchen mehr in das KZ Lublin-Majdanek zu schicken
- 85 Gisi Fleischmannová bittet am 12. Februar 1943 um Hilfgelder für die bedrohten slowakischen Juden
- 86 Ein unbekannter slowakischer Jude schreibt am 3. März 1943 über die Ermordung seiner Familie im Distrikt Lublin und über das Vernichtungslager Belzec
- 87 Das slowakische Regierungspräsidium kündigt am 9. April 1943 den Ministern weitere Repressionen gegen Juden an
- 88 Der Gesandte Ludin informiert am 13. April 1943 das Auswärtige Amt über den Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der Slowakei und über Gespräche, die Morde an Juden betreffend
- 89 Lily Reiss aus Prešov bedauert am 6. Mai 1943, dass die Post an ihre Schwester Lenke Hertzka in Auschwitz nicht angekommen ist
- 90 Die Zustände in den Arbeitslagern für Juden sind am 10. Mai 1943 Thema einer Konferenz der Sozialreferenten
- 91 Max Sonnenschein aus Piešťany bittet am 12. Mai 1943 Sidonie Weiss, sich nach seiner deportierten Tochter zu erkundigen

-
- 92 Der Reichsaußenminister lässt am 21. Juli 1943 dem Gesandten Ludin mitteilen, dass sich SS-Oberführer Veesenmayer bei Tiso für die Wiederaufnahme der Deportationen aussprechen wird
- 93 Minister Alexander Mach gibt in der Regierungssitzung vom 10. August 1943 bekannt, dass die Deportationen nicht fortgesetzt werden
- 94 Ein slowakischer Jude verfasst am 17. August 1943 einen Bericht über seine Deportation in den Distrikt Lublin und die Massenmorde in Sobibor und in den Gettos
- 95 Franz Ring erbittet von Hitler am 27. September 1943 die Freilassung seiner 1942 deportierten Tochter Anna
- 96 Edmund Veesenmayer protokolliert am 22. Dezember 1943 seine Unterredung mit Staatspräsident Tiso über die Wiederaufnahme der Deportationen slowakischer Juden
- 97 Emanuel Frieder ruft am 26. Januar 1944 dazu auf, zum Purimfest Süßigkeiten und Obst für die Kinder in den Arbeitslagern Nováky und Sered zu beschaffen
- 98 Ozvena: Artikel vom 8. März 1944 über die kulturellen Aktivitäten während des vergangenen Winters sowie Gedichte und Geschichten von Kindern
- 99 Die Außenstelle der Judenzentrale in Prešov meldet am 13. Mai 1944 die Anzahl der aus dem Gau Šariš-Zemplin in andere Landesteile deportierten Juden
- 100 Die Gesundheitsabteilung der Judenzentrale berichtet am 1. Juni 1944 über die hygienischen Verhältnisse in den Arbeitslagern
- 101 Rabbiner Michael Dov Weissmandl fordert am 23. Juni 1944 die Alliierten und den Papst auf, die in die Vernichtungslager führenden Bahngleise zu bombardieren
- 102 Der Innenminister wird am 31. August 1944 über die Flucht der Juden aus den Arbeitslagern in Sered, Nováky und Vyhne informiert
- 103 Nach Beginn des Slowakischen Nationalaufstands und dem deutschen Einmarsch kündigt der Chef der Einsatzgruppe H am 1. September 1944 die Wiederaufnahme der Deportationen an
- 104 SS-Hauptsturmführer Jentsch vom Einsatzkommando 14 empfiehlt am 6. September 1944 die Deportation der Juden in Konzentrationslager
- 105 Monsignore Burzio unterrichtet den Vatikan am 15. September 1944 über die Gewalt gegen Juden und bittet den Papst, sich für deren Rettung einzusetzen
- 106 Der Chef der Einsatzgruppe H teilt dem Reichssicherheitshauptamt am 21. September 1944 mit, dass bereits 2650 Juden verhaftet worden seien
- 107 US-Außenminister Cordell Hull schlägt am 23. September 1944 dem War Refugee Board vor, dass der Papst zugunsten der slowakischen Juden intervenieren möge
- 108 Christinnen aus Trnava ersuchen am 27. September 1944 die Hlinka-Garde, ihre getauften Ehemänner aus dem Lager zu entlassen
- 109 Am 29. September 1944 beteiligen sich Hlinka-Gardisten und der deutsche Heimatschutz an der Großrazzia gegen Juden in Bratislava
- 110 Auf einer Regierungssitzung wird am 2. Oktober 1944 beschlossen, den deutschen Behörden mitzuteilen, dass die Juden nur auf dem Staatsgebiet der Slowakei konzentriert würden

-
- 111 Der Gesandte Ludin berichtet am 4. Oktober 1944, er habe Staatspräsident Tiso wissen lassen, dass gegenüber den slowakischen Juden eine „radikale Lösung“ durchgesetzt werde
- 112 Der Schweizerische Generalkonsul in Bratislava unterrichtet am 26. Oktober 1944 den Minister für Auswärtiges in Bern über sein Gespräch mit Minister Polyak bezüglich der Deportationen
- 113 Der Partisan Egon Roth schreibt Ende Oktober 1944 einen letzten Brief an seine Kameraden in Palästina
- 114 Ein Nachbar denunziert am 2. November 1944 drei Juden, die in seiner Straße in Bratislava wohnen
- 115 Der Jüdische Weltkongress in Genf protokolliert am 30. November 1944 Augenzeugenberichte über die Deportationen der slowakischen Juden und die Lage in den Arbeitslagern
- 116 Erzbischof Karol Kmetko und ein Weihbischof bitten am 1. Dezember 1944 SS-Obergruppenführer Höfle um die Freilassung der mit Christen verheirateten Juden aus Nitra
- 117 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD meldet am 9. Dezember 1944, dass bisher 9653 Juden festgenommen wurden
- 118 Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz unterrichtet Gerhart Riegner vom Jüdischen Weltkongress am 11. Januar 1945 über die Zustände im Arbeitslager Sereď
- 119 SS-Standartenführer Josef Witiska berichtet am 7. Februar 1945, dass die Sicherheitspolizei 12 000 Juden aus der Slowakei in KZ deportiert und 4000 Juden ermordet hat
- 120 Jewish Telegraphic Agency: Artikel vom 12. März 1945 über slowakische Juden, die im befreiten Teil des Landes ihre Verstecke verlassen oder aus Auschwitz zurückkehren
- 121 Die Familie von Leopold Lichtenstein informiert am 26. März 1945 Eugen Lichtenstein, dass sie sich versteckt hatte und nun befreit ist

Rumänien

- 122 Daily Herald: Interview mit dem Ministerpräsidenten Rumäniens am 6. Januar 1938 über die geplante Vertreibung von einer halben Million Juden
- 123 Berliner Börsen-Zeitung: Im Interview fordert Minister Cuza am 18. Januar 1938 die Vertreibung aller Juden aus Rumänien
- 124 Frankreichs Außenminister appelliert an den rumänischen Ministerpräsidenten und den König am 5. Februar 1938, das Minderheitenschutzgesetz zu befolgen
- 125 Der jüdische Arzt und Publizist Emil Dorian äußert am 11. Februar 1938 seine Besorgnis über die jüngsten antisemitischen Maßnahmen
- 126 Curierul Israelit: Die neue Regierung kündigt am 13. Februar 1938 an, dass die Überprüfung der Einbürgerungspapiere der Juden fortgeführt werde

-
- 127 Ein Klausenburger Hochschullehrer beschwert sich am 11. November 1938 über Angriffe auf jüdische Studierende
- 128 Jüdische Intellektuelle protestieren im Januar 1939 gegen das Verbot des Jiddischen in der Öffentlichkeit
- 129 Der Sekretär des Völkerbundsrats kritisiert am 23. Januar 1939 die Verletzung der Minderheitenrechte in Rumänien
- 130 Ein Anwalt bittet den König am 16. März 1939 um Aufhebung des Berufsverbots
- 131 Der französische Gesandte meldet am 27. November 1939 nach Paris, dass in Rumänien über einer Viertelmillion Juden die Staatsbürgerschaft entzogen wurde
- 132 Emil Dorian zeigt sich im Juni 1940 bestürzt über die Aufnahme von Führern der Eisernen Garde in die Regierung
- 133 Der Staatsanwalt Filaret Săhleanu berichtet Anfang Juli 1940 über ein Pogrom mit zahlreichen Todesopfern in Dorohoi
- 134 Der deutsche Konsul in Galatz schildert am 4. Juli 1940 den Rückzug der rumänischen Armee aus Bessarabien und die Massenerschießung von Juden
- 135 Der rumänische Außenminister begründet am 30. Juli 1940 das enge Bündnis mit dem Deutschen Reich und plädiert für eine ethnische Homogenisierung des Landes
- 136 Das neue Rassengesetz regelt am 9. August 1940 die Diskriminierung der Juden
- 137 Ein Informant berichtet der Polizei am 14. September 1940 über Reaktionen auf das Treffen von Ion Antonescu mit zwei Vertretern der Juden
- 138 Emil Dorian vermerkt am 30. September 1940 den Ausschluss vieler Juden aus der Bukarester Ärztekammer
- 139 Das Dekret-Gesetz vom 4. Oktober 1940 verfügt die Verstaatlichung des ländlichen Besitzes der Juden
- 140 Marcu Rosenberg bittet am 7. Oktober 1940 General Antonescu darum, dass seine Söhne weiterhin eine rumänische Schule besuchen dürfen
- 141 Şeina Huna Avram ersucht Staatsführer Antonescu am 10. Oktober 1940 darum, dass sie ihr Bauernhaus nicht verlassen muss
- 142 Der Präsident der Föderation Jüdischer Gemeinden setzt sich am 19. Oktober 1940 für die Rentenansprüche der Entlassenen ein
- 143 Der Vertreter der rumänischen Juden Wilhelm Filderman bittet am 26. November 1940 wegen zahlreicher Übergriffe auf Juden um eine Audienz bei Staatsführer Ion Antonescu
- 144 Jüdische Gemeindevertreter aus der Region Moldau ersuchen nach der Enteignung ihrer Gebäude am 8. Dezember 1940 um Hilfe aus Bukarest
- 145 Die Jüdische Gemeinde in Galatz schildert am 12. Dezember 1940 ihre Probleme mit Juden, die ins sowjetische Bessarabien auswandern wollen
- 146 Der deutsche Gesandte verzichtet am 20. Dezember 1940 auf die prozentuale Beteiligung der Volksdeutschen an dem verstaatlichten jüdischen Besitz
- 147 Isidor Pressner von der Jüdischen Gemeinde Radautz setzt sich am 29. Dezember 1940 für vom Land vertriebene Juden ein

-
- 148 Emil Dorian berichtet am 24. Januar 1941 über Gewalttaten und die antisemitische Hetze in Bukarest während des Putschversuchs der Eisernen Garde
- 149 Der Schriftsteller Mihail Sebastian beschreibt am 29. Januar 1941 den Pogrom in Bukarest
- 150 Wilhelm Filderman bittet den Justizminister am 3. Februar 1941 darum, dass Juden in bestimmten Berufen länger verbleiben dürfen, da ihnen sonst der Hungertod drohe
- 151 Der Ministerrat erlaubt seit dem 8. Februar 1941 die Weiterbeschäftigung von Juden in verschiedenen Berufen nur in Ausnahmefällen
- 152 Neun Rumäninnen bitten am 3. März 1941 den Patriarchen um Unterstützung für ihre christlich getauften Ehemänner und Kinder
- 153 General Antonescu rechtfertigt am 27. März 1941 die Enteignung städtischer Immobilien, die Juden gehören
- 154 General Antonescu lässt am 19. Juni 1941 in der Region Moldau Juden identifizieren und eine kollektive Vergeltungsaktion in Bessarabien und der Bukowina vorbereiten
- 155 General Antonescu befiehlt am 21. Juni 1941 die Evakuierung aller Juden aus den Dörfern der Region Moldau und der Bukowina
- 156 Der Polizeidirektor in Jassy berichtet am 27. Juni 1941 über die Entfernung angeblich feindlich gesinnter Juden im Aufmarschgebiet der rumänischen und deutschen Armee
- 157 General Antonescu ordnet am 30. Juni 1941 die Verhaftung jüdischer Geiseln in frontnahen Bezirken an
- 158 Der Befehlshaber der 14. rumänischen Infanteriedivision informiert die Soldaten am 30. Juni 1941, dass nur Sonderkommandos gegen Juden vorgehen dürfen
- 159 General Antonescu verbietet am 4. Juli 1941 den Soldaten in Jassy weitere Plünderungen und Morde an Juden
- 160 Der Deutsche Konsul in Jassy schildert am 9. Juli 1941 die Entwicklung und Folgen des Massakers seit dem 28. Juni
- 161 General Antonescu fordert am 12. Juli 1941, dass wegen des Massakers in Jassy keine Legionäre, sondern Kriminelle und Kommunisten verfolgt werden sollen
- 162 Curierul Israelit: Die Zeitung ehrt eine rumänische Vertreterin des Roten Kreuzes, die sich im Sommer 1941 für die Juden aus einem Deportationszug einsetzte
- 163 Nathan Goldstein schildert einem Untersuchungsrichter, wie er im Juli 1941 das Massaker in Jassy überlebte
- 164 Der Schweizer Gesandte berichtet am 13. Juli 1941 über die Lage an der Ostfront, das Massaker von Jassy und ein neues Gesetz zur Zwangsarbeit
- 165 Der ehemalige Kommandant der Garnison Jassy will am 25. Juli 1941 von General Antonescu den Grund seiner Absetzung erfahren
- 166 Ein Fronturlauber berichtet dem Schriftsteller Mihail Sebastian am 21. August 1941 über Massenerschießungen von Juden im Frontgebiet

-
- 167 Der deutsche Gesandte unterstreicht am 1. September 1941 die Judenfeindschaft der rumänischen Regierung
- 168 Der Geheimdienstchef verlangt am 9. Oktober 1941 die Beschlagnahme von Fotos der jüdischen Massengräber in Jassy
- 169 Wilhelm Filderman bittet Marschall Antonescu am 9. Oktober 1941, die Deportationen der Juden einzustellen
- 170 Marschall Antonescu rechtfertigt am 19. Oktober 1941 die Deportationen in einem offenen Brief an Filderman
- 171 Marschall Antonescu fordert am 5. November 1941, Behördenmitarbeiter zu bestrafen, die unbefugt die Befreiung von Juden aus Lagern und Gettos ermöglichen
- 172 Der deutsche Gesandte meldet am 13. November 1941 das Desinteresse von Mihai Antonescu an der Rückkehr rumänischer Juden aus deutschen Gebieten
- 173 Emil Dorian schildert im November 1941 die von Juden erzwungenen Abgaben und die Erfassung aller Juden
- 174 Der deutsche Berater für Judenfragen meldet Eichmann am 16. Januar 1942 die Errichtung der staatlich kontrollierten Judenzentrale Rumäniens
- 175 Der deutsche Judenberater Richter berichtet Eichmann am 23. Januar 1942 über die Einstellung der Emigration aus Rumänien
- 176 Der wegen einer Protestaktion zum Tod verurteilte jüdische Jugendliche Adolf Mihailovici verfasst im März 1942 einen Abschiedsbrief an Freunde und Verwandte
- 177 Marschall Antonescu fordert am 7. Mai 1942 vom Großen Generalstab einen gezielten Zwangsarbeitseinsatz von Juden
- 178 Der Bukarester Jurist Sigmund Bibring bedankt sich am 24. Mai 1942 bei Ingenieur Jägendorf für die erfolgreiche Suche nach seiner deportierten Nichte in Transnistrien
- 179 Emil Dorian vermerkt am 17. Juni 1942 die erste Aktion der Hilfskommission für jüdische Waisenkinder in Transnistrien
- 180 Marschall Antonescu verfügt am 13. Juli 1942 die Deportation getaufter Juden nach Transnistrien
- 181 Das Auswärtige Amt vermerkt am 24. Juli 1942 Vorbehalte des rumänischen Gesandten in Berlin bezüglich rumänischer Juden im deutschen Einflussbereich
- 182 Das Reichssicherheitshauptamt kündigt am 26. Juli 1942 dem Auswärtigen Amt Deportationen von Juden aus Rumänien „nach dem Osten“ an
- 183 Bukarester Tageblatt: Der deutsche Plan zur Deportation der Juden aus Rumänien wird am 8. August 1942 publiziert
- 184 Der Generalsekretär des Außenministeriums beansprucht am 10. August 1942 die Besitzrechte rumänischer Juden nach deren Deportation aus deutschen Gebieten
- 185 Unterstaatssekretär Luther berichtet Außenminister Ribbentrop am 17. August 1942 über die Deportation rumänischer Juden aus Gebieten unter deutscher Kontrolle
- 186 Der Schweizer Gesandte informiert am 18. August 1942 über die bevorstehende Deportation der Juden aus dem rumänischen Banat

-
- 187** Ministerialdirigent Emil von Rintelen teilt am 19. August 1942 Unterstaatssekretär Luther mit, dass die Deportationen aus Rumänien beginnen können
- 188** Der deutsche Gesandte in Bukarest berichtet am 28. August 1942 über seine Forderung an Mihai Antonescu, der Deportation der Juden aus Rumänien zuzustimmen
- 189** Der Schweizer Gesandte informiert am 1. September 1942 über Deportationen und Massaker sowie wirtschaftliche Maßnahmen
- 190** Emil Dorian beschreibt im September 1942 die Situation verhafteter Juden und den Besuch des Reichswirtschaftsministers in Bukarest
- 191** Der Schweizer Gesandte benennt am 24. September 1942 Rumänen, die sich für verfolgte Juden und Roma einsetzen
- 192** Das Auswärtige Amt verlangt vom deutschen Gesandten in Bukarest am 29. September 1942, sich trotz der rumänischen Weigerung für die Deportationen einzusetzen
- 193** Universul: Im Artikel vom 2. Oktober 1942 werden harte Strafen angedroht, wenn Unternehmer die Arbeitsplätze von Juden nicht mit Rumänen besetzen
- 194** Der deutsche Gesandte in Bukarest informiert am 5. Oktober 1942 über rumänische Interventionen gegen den deutschen Deportationsplan
- 195** Bukarester Tageblatt: Unterstützer der Juden in Rumänien werden am 11. Oktober 1942 heftig angegriffen
- 196** Die Deutsche Gesandtschaft meldet am 12. Oktober 1942 die Gründung des Generalkommissariats für Judenfragen
- 197** Der Direktor der Rumänischen Eisenbahn erbittet am 27. Oktober 1942 vom Ministerrat Auskunft zum Plan, 280 000 Juden in das Vernichtungslager Belzec zu deportieren
- 198** Der Schweizer Gesandte nennt am 27. Oktober 1942 Gründe für die Aussetzung der Deportationen aus Rumänien
- 199** Der Präfekt in Timiș-Torontal unterstreicht am 17. November 1942 die Anweisung des Großen Generalstabs zur strengen Bewachung jüdischer Zwangsarbeiter
- 200** Die Führung des Rumänischen Roten Kreuzes bittet die Regierung am 23. November 1942 um Genehmigung, Hilfsleistungen für Juden in Transnistrien zu organisieren
- 201** Der deutsche Gesandte übermittelt dem Auswärtigen Amt am 26. November 1942 den Bericht des Judenberaters über rumänische Ausflüchte zur Aufschiebung der Deportationen
- 202** Emil Dorian notiert am 28. November 1942 den Plan der rumänischen Regierung, Deportierte aus Transnistrien nach Palästina ausreisen zu lassen
- 203** Der deutsche Gesandte berichtet am 12. Dezember 1942, dass die rumänische Regierung mehr als 75 000 Juden die Auswanderung nach Palästina gestatten will
- 204** Der rumänische Historiker Ioan Hudiță vermerkt am 17. Dezember 1942, was er über die Massenmorde an Juden in Deutschland und den deutsch besetzten Gebieten gehört hat

-
- 205 Der Vertreter der rumänischen Juden Wilhelm Filderman versucht am 9. Januar 1943, Hilfe für die Rettung der Waisenkinder aus Transnistrien zu organisieren
- 206 Himmler schlägt Gestapo-Chef Müller am 20. Januar 1943 vor, die Judenberater aus Rumänien zurückzuziehen
- 207 Der rumänische Sicherheitsdienst informiert am 26. Januar 1943 über das Organisieren von Hilfsmaßnahmen für Deportierte in Transnistrien
- 208 Der Schweizer Vertreter des Jüdischen Weltkongresses berichtet am 28. Januar 1943 dem Internationalen Roten Kreuz über Hilfstransporte für Juden in Transnistrien
- 209 Ein Informant schreibt am 27. Februar 1943, wie die Judenzentrale finanzielle Mittel durch den Freikauf von der Zwangsarbeit erhält
- 210 Das rumänische Außenministerium notiert am 3. März 1943 den Wunsch des Apostolischen Nuntius Cassulo, Juden in Internierungslagern zu besuchen
- 211 Das Reichssicherheitshauptamt fordert das Auswärtige Amt am 3. März 1943 auf, die Ausreise von 1000 jüdischen Kindern aus Rumänien nach Palästina zu verhindern
- 212 Ein Informant berichtet dem rumänischen Geheimdienst am 18. März 1943 über einen Kindertransport nach Palästina und die Reise von Ärzten nach Transnistrien
- 213 Der deutsche Gesandte übermittelt dem Auswärtigen Amt am 26. März 1943 eine Denkschrift der rumänischen Regierung zur Auswanderung von Juden
- 214 Der deutsche Gesandte in Bukarest übersendet am 30. März 1943 einen Bericht über neue rechtliche Bestimmungen bezüglich des jüdischen Eigentums
- 215 Eichmanns Mitarbeiter teilt am 2. April 1943 dem Auswärtigen Amt mit, dass rumänische Juden in Wien im rumänischen Konsulat Schutz vor der Deportation suchen
- 216 Das rumänische Außenministerium informiert am 6. April 1943 über die Suche nach rumänischen Juden im Generalgouvernement
- 217 Ein Informant berichtet der Polizeipräfektur am 7. April 1943, dass die Repatriierung jüdischer Waisenkinder aus Transnistrien vorbereitet werde
- 218 Der jüdische Arzt Marcu Cajal bittet am 13. April 1943 beim Ministerrat um die Anerkennung als Rumäne
- 219 Der deutsche Gesandte informiert am 30. April 1943 das Auswärtige Amt über die Organisation eines Transports von 1000 jüdischen Kindern aus Rumänien nach Palästina
- 220 Legationsrat Wagner setzt Außenminister Ribbentrop am 7. Mai 1943 über die geplante Ausreise von 70 000 Juden aus Rumänien in Kenntnis
- 221 Das Auswärtige Amt übermittelt am 14. Mai 1943 die Entscheidung des Reichssicherheitshauptamts, die Ausreise von 5000 jüdischen Kindern aus Rumänien abzulehnen
- 222 Marschall Antonescu weist am 25. Mai 1943 den Innenminister an, den ehemaligen Präsidenten der jüdischen Gemeinden Filderman zu internieren
- 223 Außenminister Antonescu notiert am 26. Mai 1943 die Absprachen mit Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zur Ausreise von Juden

-
- 224 Marschall Antonescu ordnet am 4. August 1943 an, dass ein Teil der von Juden erhobenen Zwangsabgaben an die Stiftung Patronaj von Maria Antonescu überwiesen wird
- 225 Marschall Antonescu lässt am 10. August 1943 Juden, die gegen Sondergesetze verstoßen haben, an den Bug deportieren
- 226 Siefert Blumenfeld erbittet am 3. September 1943 vom rumänischen Außenminister Hilfe, um seine in Auschwitz verschollene Mutter zu finden
- 227 Der deutsche Gesandte berichtet dem Reichssicherheitshauptamt am 9. September 1943 über das neue Rahmengesetz zur Judenfrage
- 228 Der rumänische Diplomat Raoul Bossy nimmt am 27. September 1943 Kontakt zu Leitern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz auf
- 229 Der rumänische Gesandte in Berlin fragt am 18. November 1943 beim Außenminister an, wie er sich bezüglich der von Deutschen deportierten rumänischen Juden verhalten solle
- 230 Das Rumänische Rote Kreuz informiert den Ministerpräsidenten am 4. Dezember 1943 über ein Schiff, mit dem Juden ausreisen sollen
- 231 Generalkonsul Karadja fordert am 14. Dezember 1943 vom Außenministerium den Schutz rumänischer Juden im besetzten Frankreich
- 232 Die für jüdische Zwangsarbeiter zuständige rumänische Militäreinheit leitet dem Großen Generalstab am 10. Januar 1944 eine Zusammenfassung von Beschwerden zu
- 233 Der Leiter der Jewish Agency in Genf bemüht sich am 12. Januar 1944 um Schiffe zum Transport der aus Transnistrien repatriierten Waisenkinder
- 234 Nuntius Cassulo bittet den Außenminister am 2. Februar 1944, gefährdete Deportierte aus Transnistrien zu repatriieren, und übersendet deren Hilferuf
- 235 Der jüdische Architekt Clejan dankt Ion Antonescu am 2. Februar 1944 für die Heimkehr der ersten Deportierten und bittet darum, auch alle anderen Juden zu repatriieren
- 236 Die Direktorin des Rumänischen Roten Kreuzes bittet den Ministerrat am 3. Februar 1944, einzelne Gruppen von Juden zu repatriieren
- 237 Marschall Antonescu lehnt am 4. Februar 1944 gegenüber Herman Clejan weitere Repatriierungen von Juden aus Transnistrien ab
- 238 Reichsaußenminister Ribbentrop lässt am 11. Februar 1944 mitteilen, dass die 5000 jüdischen Waisenkinder nach Großbritannien statt nach Palästina ausreisen sollen
- 239 Die deutsche Gesandtschaft meldet am 18. Februar 1944, dass die Emigration von Juden nach der Verhaftung einiger Organisatoren ins Stocken geraten sei
- 240 Charles Kolb vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz bittet Mihai Antonescu am 29. Februar 1944, die Rückkehr aller 4500 Waisenkinder aus Transnistrien zu ermöglichen

-
- 241 Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz meldet am 20. März 1944 die Zahl der aus Rumänien deportierten Juden und die Repatriierung einiger Juden aus Transnistrien
- 242 Der rumänische Generalkonsul in Berlin informiert am 24. März 1944 den Außenminister über die Versteigerung des Eigentums rumänischer Juden
- 243 Jüdische Frauen aus Bukarest berichten am 28. März 1944, wie sie die nach Transnistrien deportierten Waisenkinder unterstützt haben
- 244 Der rumänische Sicherheitsdienst registriert am 4. April 1944 Aktivitäten der Judenzentrale für evakuierte Juden und die Abfahrt eines Flüchtlingsschiffs
- 245 Legationsrat von Thadden schlägt Außenminister Ribbentrop am 6. April 1944 eine Intervention bei Marschall Antonescu wegen der geplanten Ausreise von Juden vor
- 246 Der rumänische Judenkommissar Lecca meldet am 27. April 1944 die Repatriierung rumänischer Juden aus Belgien und Frankreich
- 247 Wilhelm Filderman bittet Mihai Antonescu am 6. Mai 1944, die Errichtung von Gettos im neuen Frontgebiet in der Region Moldau zu verhindern
- 248 Gendarmen im rumänischen Teil Siebenbürgens liefern am 10. Mai 1944 aus Ungarn geflohene Juden der deutschen Kommandantur aus
- 249 Die Verbindungsstelle des Ministerrats informiert am 12. Mai 1944 über Schiffe für Emigranten, deren Abfahrt Marschall Antonescu genehmigt hat
- 250 Wilhelm Filderman protestiert am 17. Mai 1944 gegen neue Formen der Zwangsarbeit für Juden in frontnahen Gebieten
- 251 Eine staatliche Kommission ermittelt bis 19. Mai 1944, wie ein junger Jude in Haft starb, nachdem er gefoltert worden war
- 252 Der Generalsekretär der Jewish Agency informiert die Leitung des Roten Kreuzes in Genf am 22. Mai 1944 über nicht genehmigte Flüchtlingstransporte nach Palästina
- 253 Der Ministerrat diskutiert am 24. Mai 1944 Pläne zur Gettobildung im moldauischen Frontgebiet und zur Kennzeichnung aller Juden
- 254 Der rumänische Sicherheitsdienst verzeichnet am 29. Mai 1944 die Genugtuung der Deutschen Gesandtschaft über den Schießbefehl an der Grenze zu Ungarn
- 255 Der rumänische Außenminister weist am 29. Mai 1944 die Vorwürfe der US-Regierung in Bezug auf die Judenverfolgung zurück
- 256 Der Generalkommissar für jüdische Fragen schlägt am 30. Mai 1944 die Aufteilung der Einnahmen für emigrierte Juden vor
- 257 Der rumänische Gesandte in Ankara verlangt am 31. Mai 1944 Anweisungen für die Verhandlungen mit dem dortigen US-Botschafter
- 258 Emil Dorian notiert am 24. Juni 1944 empört die Deportationen von Juden aus Ungarn und den Andrang auf drei Flüchtlingsschiffe
- 259 Generalkonsul Karadja warnt Mihai Antonescu am 30. Juni 1944 davor, der SS weitere aus Ungarn nach Rumänien geflohene Juden auszuliefern
- 260 Ira A. Hirschmann vom United States War Refugee Board verlangt am 21. Juli 1944 die Kooperation jüdischer Organisationen bei Flüchtlingstransporten

-
- 261 Der rumänische Gesandte in Ankara berichtet am 22. Juli 1944 über das Gespräch mit dem US-Delegierten über die Emigration nach Palästina
- 262 Nicolae Kovaci von der jüdischen Hilfskommission schildert am 5. August 1944 die Abfahrt dreier Schiffe mit Waisenkindern
- 263 Arnold Schwefelberg von der Hilfskommission schlägt am 7. August 1944 die Unterbringung der Repatriierten in mehreren Heimen in Bukarest vor
- 264 Der rumänische Gesandte in Bern plädiert am 7. August 1944 für den Schutz der Juden aus Nordsiebenbürgen, um Rumäniens territoriale Ansprüche zu sichern
- 265 Der Große Generalstab berät am 17. August 1944, wie die Juden in der Operationszone in Gettos gesperrt werden können
- 266 Der Große Generalstab verfügt am 30. August 1944 die Auflösung aller Arbeitslager für Juden
- 267 Curentul Nou: Ein bekannter Publizist führt am 1. September 1944 den Rassismus in Rumänien auf den deutschen Einfluss zurück
- 268 Die Föderation Jüdischer Gemeinden vereinbart am 4. November 1944 mit ausländischen Hilfsorganisationen die Unterstützung der vielen mittellosen Juden
- 269 Wilhelm Filderman bittet den Außenminister am 23. Februar 1945, die Konsulate anzuweisen, dass sie die Heimkehr rumänischer Juden aus Feindstaaten unterstützen
- 270 Ein Polizeidetektiv berichtet am 23. April 1945 über die Protestveranstaltung jüdischer Gruppen gegen britische Einreisebeschränkungen in Palästina
- 271 Emil Dorian schildert am 1. Mai 1945 das große Maifest und das Desinteresse in Bukarest an Hitlers Tod

Bulgarien

- 272 Das Zentralkonsistorium der Juden in Bulgarien ruft am 27. Mai 1938 die jüdischen Gemeinden auf, ihren Beitrag zu einem Fonds für Flüchtlinge aus Österreich zu leisten
- 273 Sofijski targovski vestnik: Ein Artikel kritisiert am 24. Juni 1938, dass deutsche Firmen, die ihre jüdischen Vertreter austauschen, Bulgaren benachteiligen
- 274 Die Polizeidirektion in Sofia fordert am 14. September 1938 Maßnahmen gegen den Zustrom jüdischer Flüchtlinge
- 275 Mir: Der Zoologe Stefan Konsulov berichtet am 17. Mai 1939 über seine Reise durch das Deutsche Reich und beurteilt die antijüdische Politik
- 276 Der oppositionelle Parlamentsabgeordnete Dojko Petkov kritisiert am 22. August 1939 das Vorgehen der Polizeidirektion bei der Ausweisung von Juden
- 277 Die illegale Arbeiterpartei protestiert gegen die antijüdischen Ausschreitungen rechtsextremer Gruppierungen am 19. September 1939 in Sofia
- 278 Das Zentralkonsistorium der Juden in Bulgarien bittet am 25. September 1939, 30 ausgewiesenen Juden den Schiffstransport nach Palästina zu genehmigen

-
- 279 Die Schriftstellerin Lola Landau-Wegner berichtet am 7. Mai 1940 über einen Aufenthalt in Bulgarien als Delegierte des jüdischen Gründungsfonds Keren Hajessod
- 280 Albert Romano ruft am 28. Mai 1940 bulgarische Zionisten in Palästina dazu auf, ein Hilfskomitee für die Juden in Bulgarien zu gründen
- 281 Ašofar: In einem Gastbeitrag vom 30. August 1940 verteidigt der Augenarzt Baruch Konfino seine privaten Schiffstransporte nach Palästina
- 282 Ein Wollkämmer aus Burgas begrüßt am 12. Oktober 1940 die angekündigten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Juden
- 283 Der Verband der bulgarischen Rechtsanwälte protestiert am 30. Oktober 1940 beim Vorsitzenden der Nationalversammlung gegen den Entwurf des Gesetzes zum Schutz der Nation
- 284 Der Metropolit von Sofia weist am 23. November 1940 die Priester seiner Diözese zur Aufnahme von Juden in die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche an
- 285 Albert Romano berichtet der World Zionist Organization am 23. Dezember 1940 über die Tragödie des Schiffes Salvador mit jüdischen Flüchtlingen aus Bulgarien
- 286 Das Gesetz zum Schutz der Nation entzieht am 23. Januar 1941 Juden die Bürgerrechte und unterwirft sie diskriminierenden Beschränkungen
- 287 Die Direktion für zivile Mobilmachung regt am 5. März 1941 an, jüdische Männer zu Arbeitsbataillonen der bulgarischen Armee einzuziehen
- 288 Utro: Eine Anordnung des Innenministers vom 26. Juni 1941 verbietet Juden bei Androhung harter Strafen, sich über politische Themen zu äußern
- 289 Finanzminister Dobri Božilov stellt am 7. Juli 1941 in der Nationalversammlung eine Gesetzesinitiative zur außerordentlichen Besteuerung der jüdischen Vermögen vor
- 290 Das Zentralkonsistorium der Juden in Bulgarien protestiert am 10. Juli 1941 beim Bildungsminister gegen die Abweisung jüdischer Schüler am Gymnasium in Pazardžik
- 291 Der deutsche Gesandte Beckerle informiert am 31. Juli 1941 das Auswärtige Amt über die Neuregelung des jüdischen Arbeitsdienstes außerhalb der bulgarischen Armee
- 292 Leon Tadžer berichtet seiner Frau am 15. November 1941 von seiner bevorstehenden Verurteilung und schickt ihr seine Antwort auf die Anklage
- 293 Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Štip schildert dem Zentralkonsistorium am 8. Mai 1942 die katastrophale Lage der Juden der Stadt
- 294 Donauzeitung: Artikel vom 11. Juni 1942 über eine Verordnung, die Juden in den besetzten Gebieten die bulgarische Staatsbürgerschaft verwehrt
- 295 Die Vereinigung der Optiker und Brillenmacher in Bulgarien ersucht am 15. Juni 1942 den Kreisdirektor von Pazardžik, den Optiker Žak Bechar zur Aufgabe seines Geschäfts zu zwingen
- 296 Zora: Artikel vom 26. Juni 1942 über das neue Gesetz, das den Ministerrat bevollmächtigt, alle Maßnahmen zur Regelung der „Judenfrage“ zu treffen

-
- 297** Die Deutsche Gesandtschaft meldet am 6. Juli 1942 die grundsätzliche Bereitschaft der bulgarischen Regierung, im deutschen Machtbereich befindliche bulgarische Juden deportieren zu lassen
- 298** Justitiar Aleksandăr Belev erläutert Innenminister Gabrovski im Sommer 1942 die geplante Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen und ihre notwendige Zentralisierung
- 299** Bulgarische Juden in Palästina machen am 9. Oktober 1942 auf die bedrohliche Lage der jüdischen Bevölkerung in Bulgarien aufmerksam
- 300** Das Auswärtige Amt weist am 15. Oktober 1942 die Deutsche Gesandtschaft in Sofia an, Gespräche mit der bulgarischen Regierung über die Deportation der Juden aufzunehmen
- 301** Der Polizeichef von Samokov verbannt am 17. Oktober 1942 die jüdische Bevölkerung von zahlreichen öffentlichen Plätzen und schränkt ihre Bewegungsfreiheit ein
- 302** Judenkommissar Belev fasst am 30. Oktober 1942 den Stand der antijüdischen Politik zusammen und kündigt die Deportation der Juden an
- 303** Das bulgarische Außenministerium entwirft am 10. November 1942 eine diplomatische Note an die deutsche Gesandtschaft über die Deportation der Juden
- 304** Der britische Kolonialminister Oliver Stanley empfiehlt am 8. Dezember 1942 eine Rettungsaktion für jüdische Kinder aus Bulgarien, denen die Vernichtung drohe
- 305** Jüdische Einwanderer aus Bulgarien schildern der Jewish Agency in Palästina am 16. Dezember 1942 die prekäre Lage der bulgarischen Juden und warnen vor bevorstehenden Deportationen
- 306** Ein bulgarischer Jude berichtet am 27. Dezember 1942 einem Freund im Ausland über die Situation der jüdischen Bevölkerung in Sofia und über die Angst vor einer Aussiedlung nach Polen
- 307** Der deutsche Gesandte Beckerle berichtet am 22. Januar 1943 von einem Gespräch mit dem bulgarischen Innenminister und äußert sich dabei kritisch über die Haltung der bulgarischen Öffentlichkeit zur „Judenfrage“
- 308** Judenberater Dannecker unterrichtet am 8. Februar 1943 das Reichssicherheitshauptamt über den Beschluss des bulgarischen Innenministers, die Juden zu deportieren
- 309** Das Auswärtige Amt weist am 15. Februar 1943 die Deutsche Gesandtschaft in Sofia an, gegen das britische Angebot zur Rettung von jüdischen Kindern aus Bulgarien zu intervenieren
- 310** Ministerpräsident Filov schildert, wie er sich am 17. Februar 1943 beim König wegen eines Attentats für schärfere Maßnahmen gegen Kommunisten und Juden einsetzt
- 311** Judenkommissar Belev und Judenberater Dannecker unterzeichnen am 22. Februar 1943 ein Abkommen über die Deportation von 20 000 Juden aus Bulgarien
- 312** Der oppositionelle Politiker Mušanov notiert in seinem Tagebuch vom 7. bis 10. März 1943 die Panik der jüdischen Bevölkerung in Sofia und den Stopp der Deportationen

-
- 313 Der schweizerische Geschäftsträger Redard berichtet am 11. März 1943 über die Weigerung von Ministerpräsident Filov, die Deportationen aus den besetzten Gebieten zu stoppen
- 314 Leon Šalom macht eine Zeugenaussage über die Verhaftung der Juden in Pirot am 12. März 1943 und ihren Aufenthalt im Sammellager
- 315 Der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung Pešev und 42 Abgeordnete der Regierungsmehrheit protestieren am 17. März 1943 beim Ministerpräsidenten gegen die Deportation
- 316 Eine jüdische Zeugin schildert einem Freund am 22. März 1943 den Aufenthalt der Juden aus Thrazien und Pirot im Hafen von Lom
- 317 Die Heilige Synode der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche setzt sich am 22. März 1943 beim Ministerpräsidenten für eine Milderung der antijüdischen Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich Christen jüdischer Abstammung, ein
- 318 Der US-Konsul in Istanbul informiert am 22. März 1943 Außenminister Hull über die bedrohliche Lage der bulgarischen Juden und ihre Angst vor Deportation
- 319 Der Kreisverwalter von Kjustendil berichtet Ende März 1943 über Vorbereitung und Einstellung der Deportation der Juden aus der Stadt
- 320 Ribbentrop teilt am 4. April 1943 der Deutschen Gesandtschaft in Sofia mit, der bulgarische König wolle aus dem Kreis der verbliebenen Juden einige Kommunisten deportieren lassen
- 321 Der deutsche Polizeiattaché Hoffmann schildert am 5. April 1943 dem Reichssicherheitshauptamt die Hintergründe des Scheiterns der Deportation aus dem bulgarischen Kernland
- 322 Der Zwangsarbeiter Sabetaj Majer beschreibt in seinem Tagebuch vom 10. bis 17. April 1943 die Ankunft der mobilisierten Juden im Arbeitslager bei Ichtiman
- 323 Gerhart M. Riegner bittet am 22. April 1943 einen Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes, zugunsten der bulgarischen Juden zu intervenieren
- 324 Der Zwangsarbeiter Sabetaj Majer berichtet in seinem Tagebuch vom 8. bis 10. Mai 1943 vom Alltag im Arbeitslager bei Ichtiman
- 325 Das Reichssicherheitshauptamt kritisiert am 17. Mai 1943, dass die bulgarische Regierung die Wiederaufnahme der Deportationen bewusst hinauszögern würde
- 326 Kommunisten in Sofia rufen die Bevölkerung zum Ungehorsam gegen die am 23. Mai 1943 beginnende Aussiedlung der Juden auf
- 327 In einem anonymen Brief bitten bulgarische Juden die Zarin am 24. Mai 1943 um Schutz vor der Zwangsaussiedlung in die Provinz und der Deportation nach Polen
- 328 Judenkommissar Belev entwirft im Mai 1943 einen Plan zur Aussiedlung der Juden aus Bulgarien
- 329 Der Zwangsarbeiter Sabetaj Majer beschreibt in seinem Tagebuch vom 25. bis 29. Mai 1943, wie die Nachricht von der Aussiedlung der Sofioter Juden im Arbeitslager aufgenommen wurde

-
- 330 Ein Bürger unterbreitet am 9. Juni 1943 dem Finanzminister Vorschläge, wie mit dem Vermögen der aus der Hauptstadt ausgesiedelten Juden umgegangen werden soll
- 331 Zwei Jüdinnen schildern am 17. Juni 1943 der Dichterin Dora Gabe die Lage der nach Pazardžik ausgewiesenen Sofioter Juden und bitten um Hilfe
- 332 Polizeiatnaché Hoffmann meldet am 24. Juni 1943 den Abschluss der Deportation der Sofioter Juden in die Provinz und erklärt die zögerliche Haltung der bulgarischen Regierung
- 333 Der 13-jährige Norbert Jašarov berichtet am 26. Juni 1943 seinem älteren Cousin im Arbeitslager über die Aussiedlung seiner Familie von Sofia nach Pleven
- 334 Der Meister einer Textilfabrik fordert am 8. Juli 1943 die Einziehung des ehemaligen jüdischen Eigentümers zum Arbeitsdienst
- 335 Der Gesandte Beckerle erklärt am 18. August 1943, warum er deutschen Druck auf die bulgarische Regierung zur Wiederaufnahme der Deportationen für verfehlt halte
- 336 Ein Hauptmann des bulgarischen Militäraufklärungsdienstes berichtet am 25. August 1943 über den Auftrag eines Geheimagenten, 1000 Juden in die Türkei zu bringen
- 337 Eine Zionistin berichtet am 30. August 1943 über ihr Leben in Razgrad und drückt die Hoffnung aus, die Verbindung nach Palästina aufrechtzuerhalten
- 338 Ein Vater bittet Außenminister Šišmanov am 11. Dezember 1943 um Unterstützung bei der Suche und Repatriierung seines Sohnes, der sich in deutscher Gefangenschaft in Frankreich befindet
- 339 Innenminister Dočo Christov informiert den Kriegsminister am 14. Dezember 1943, dass Juden künftig die Emigration zu gestatten sei
- 340 Der bulgarische Gesandte in Ankara berichtet am 9. April 1944 von seinen Verhandlungen über die Auswanderungsmöglichkeiten von Juden aus Bulgarien
- 341 Avram Alfasa beglückwünscht am 5. August 1944 das wiederhergestellte Zentralkonsistorium der Juden in Bulgarien und schildert die Lebensumstände der Juden in Dupnica
- 342 Die jüdischen Zwangsarbeiter in Veselinovo bitten am 30. August 1944 das Zentralkonsistorium der Juden in Bulgarien, ihre sofortige Entlassung zu erwirken
- 343 Mois Pasi schildert seiner Freundin Reni am 4. September 1944, wie er die letzten Tage vor dem Einmarsch der Roten Armee in Vidin erlebt